



**RWE-Zentrale in Essen: Aus Angst vor dem Fiskus werden Beteiligungen an der Heidelberger Druck und dem Baukonzern Hochtief verschoben.**



**Deutsche-Bank-Chef Ackermann: Die Steuerspar-Milliarden aus Beteiligungsverkäufen hat das Kreditinstitut schon fest in den Bilanzen verbucht.**



**E.on-Zentrale in Düsseldorf: Die Steuergeschenke der rot-grünen Bundesregierung setzen ein gewaltiges Firmenroulette in Gang.**

STEUERN

# Jäger des verlorenen Schatzes

Edmund Stoibers Plan, als künftiger Kanzler wieder Firmenverkäufe zu besteuern, droht ins Leere zu laufen. Still und heimlich verkaufen große Konzerne wie Allianz oder Siemens schon jetzt ihre Beteiligungen – notfalls an sich selbst. Die Deutschland AG trickst die Union aus.

Er sagt es in jeder Rede. In jedem Interview. Bei jedem Wahlkampfauftritt. Die rot-grüne Steuerpolitik, schimpft Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, habe „die soziale Balance in diesem Land“ schwer ins Wanken gebracht.

„Was hat das noch mit sozialer Gerechtigkeit zu tun?“, dröhnt der CSU-Mann, wenn es um die Finanztricks der großen Konzerne geht, die ihre Beteiligungen steuerfrei verkaufen dürfen, während der kleine Mann/Wähler vom Fiskus endlos zur Kasse gebeten wird.

Tatsächlich hat sich die rot-grüne Bundesregierung mit der Reform der Körperschaftsteuer gründlich verkalkuliert. Schon im Vorjahr zahlte kaum noch ein Konzern in Deutschland die Abgabe. Firmen wie Telekom, Bayer oder RWE forderten gar riesige Beträge vom Fiskus zurück – weil sie die Schlupflöcher des Steuerrechts nutzten.

Unterm Strich sanken die Einnahmen des Bundesfinanzministeriums von über 23 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf null im Jahr 2001. Und nun, da seit Jahresbeginn

auch die Steuerfreiheit für Gewinne aus Beteiligungsverkäufen gilt, schreibt der Fiskus sogar rote Zahlen – der aktuelle Saldo liegt bei minus 1,9 Milliarden Euro.

Milliardenbeträge würden dem Staat vorenthalten, so Stoibers Parole. Und deswegen müsse man das umstrittene Privileg nach der Wahl „überprüfen“. So steht es auch im Regierungsprogramm der Union.

Was das genau heißt, hat Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser, in Steuerfragen einer der wichtigsten Stoiber-Berater, längst klar gemacht: Spätestens 2004 soll die so genannte Abgabefreiheit für Veräußerungsgewinne fallen – und damit eines der Symbole der rot-grünen Steuerreform. Mindestens 15, vielleicht 20 Prozent will die Union von den Verkaufsgewinnen künftig abzwacken, um damit die klammen Staatskassen aufzufüllen.

Doch wahrscheinlich wird der schöne Plan an schnöder Realität scheitern. Denn die Konzerne sind wieder einmal schneller als die Politik – und sorgen für den Fall eines Regierungswechsels längst vor.

Da werden Beteiligungen, die eigentlich erst in zwei, drei Jahren abgestoßen werden sollten, schon jetzt verkauft. Stück für Stück werfen zum Beispiel Allianz, Deutsche Bank oder auch Siemens große Aktienpakete und Firmenbeteiligungen auf den Markt – obwohl die Börsenkurse zurzeit im Keller sind. Heerscharen von Steuerberatern und Investmentbankern sind damit beschäftigt, für ihre Klienten noch schnell den Steuersatz Null zu sichern.

Und weil sich auf die Schnelle nicht immer ein Käufer für die teils milliarden-schweren Firmenanteile finden lässt, werden die Beteiligungen – bisher unbemerkt von der Öffentlichkeit – auch schon mal innerhalb des eigenen Konzerns weitergereicht. So raffiniert wie legal werden die Pakete von einer Tochtergesellschaft in die andere verschoben. Und wenn der mögliche Wahlgewinner und Jäger des verlorenen Schatzes Stoiber irgendwann an die große Truhe will, ist längst alles weg.

Viele Unternehmen haben in den vergangenen Jahrzehnten Beteiligungen er-

## Tauschbörse Deutschland AG

Wichtige Beteiligungsverkäufe\* seit Jahresbeginn

\*teilweise noch nicht abgeschlossen oder genehmigt

Verkäufer	Verkaufter Anteil	Gewinn/Erlös in Mio. Euro	Käufer
Allianz	Münchener Rück	1300	u. a. Dresdner Bank
Allianz	Monachia Grundstücks-AG	160	Doblinger-Gruppe
Dresdner Bank	Allianz	1400	Allianz
Deutsche Bank	Münchener Rück	1600	Institutionelle Anleger
Münchener Rück	Allianz AG/Allianz Leben	3800	Allianz
Münchener Rück	Frankfurter Versicherung/ Bayerische Versicherungsbank	900	Allianz
Siemens	Infineon	604	Börse
Siemens	neue „Demag Holding“	1690	Kohlberg Kravis Roberts
E.on	Stinnes	600	Deutsche Bahn
E.on	Veba Oel	5200	BP
E.on	VAW Aluminium	1100	Norsk Hydro
E.on	Degussa, in Teilen bis 2004	von RAG 1700	RAG, Börse
RAG	Ruhrgas	1990	E.on
Bayerische LB	Thüga	rund 1300	E.on
Linde	Dresdner Bank	160	Allianz
Babcock	HDW	350	One Equity Partners
Bilfinger Berger	Dresdner Bank	161	Allianz
Schering	Aventis CropScience	1500	Bayer

DER SPIEGEL

FRANK DÄRCHINGER

Allianz-Chef Schulte-Noelle: Zum Steuersparen werden notfalls stille Reserven durch interne Verschiebungen großer Aktienpakete gehoben.

worben, die oft noch zum historischen Anschaffungswert in der Bilanz stehen. Mit den Jahren wurden diese immer wertvoller, ohne dass der Zugewinn jemals versteuert worden wäre. Insgesamt schätzen Experten den Gesamtwert dieser so genannten stillen Reserven der deutschen Wirtschaft, die seit dem 1. Januar ohne einen Cent Steuerbelastung gehoben werden können, auf bis zu eine Billion Euro.

Allein beim Versicherungskonzern Allianz lagen noch am Jahresanfang unversteuerte Bewertungsreserven von 56,9 Milliarden Euro, die sich im Laufe der Jahre an Uraltbeteiligungen wie Beiersdorf, Deutsche Bank, Münchener Rück oder Metall-

gesellschaft gebildet hatten. Die stillen Reserven des Münchner Finanzgiganten schrumpften bis 30. Juni auf 23,5 Milliarden Euro. Zwar ist auch die Talfahrt an den Kapitalmärkten dafür verantwortlich, dass sich innerhalb von sechs Monaten etliche Milliarden verflüchtigten. Doch Allianz-Chef Henning Schulte-Noelle, der sich regelmäßig mit Stoiber zum Gespräch trifft, nutzt auch die Gunst der Steuerreform.

Beim Verkauf von Aktienpaketen im großen Stil (siehe Tabelle) realisierte die Allianz allein durch konzerninterne Umschichtungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen steuerfreien Gewinn von 3,3 Milliarden Euro. Im großen Reich der Allianz gibt es rund 80 Gesellschaften,

zwischen denen die Beteiligungen geräuschlos hin und her geschoben werden können.

Auch die Deutsche Bank, das größte Geldhaus der Republik, will nichts dem Zufall überlassen. Ende 2000 hat sie in ihrer Bilanz im Vorgriff auf die Generosität der rot-grünen Regierung Steuerpflichtungen von rund sechs Milliarden Euro aufgelöst, die sie bei ihren avisierten Beteiligungsverkäufen nach der alten Gesetzeslage hätte zahlen müssen.

Nun beeilt sie sich, dass die Gewinne vor einer möglichen Abschaffung der Steuerbefreiung tatsächlich in der Kasse landen. „Wir werden alles tun, damit wir nicht substanzuell von dieser Steuer betroffen sein werden“, sagt Vorstandssprecher Josef Ackermann. Im Juni verkaufte seine Bank ein Aktienpaket der Münchener Rück für 1,6 Milliarden Euro, obwohl der Kurs so tief wie lange nicht mehr dahindümpelt.

Auch Pläne für interne Umschichtungen milliardenschwerer Beteiligungen wie an DaimlerChrysler liegen bei der Deutschen Bank in der Schublade, falls Stoiber mit seiner Verkaufsteuer Ernst macht. Durch die klammheimliche Verschiebung ihres Anteilsbesitzes in das schleswig-holsteinische Steuerparadies Norderfriedrichskoog (siehe Kasten) hat der Branchenprimus bewiesen, dass der Standort Deutschland offenbar nur noch bei einer Steuerquote Null erträglich ist.

Lorenz Jarass, Ökonom aus Wiesbaden und Autor eines neuen Buchs über die rot-



Ministerpräsident Stoiber (M.) mit Industriefunktionären (1999)\*: Bremser am Roulette

\* DIHT-Präsident Hans Peter Stihl und BDA-Präsident Dieter Hundt.

# Reich hinterm Deich

Wie Großkonzerne das deutsche Steuerparadies Norderfriedrichskoog entdecken

In der Koogstraat 4, hinter dem Deich von Norderfriedrichskoog, ist die Welt noch in Ordnung. Unter dem Dach brüten die Schwalben. Auf dem Hof rennen ein Dutzend Hühner und der Esel Albert herum. Und im Stall kauen über 100 satte Rinder ihre Morgenmahlzeit wieder. Früher vermietete Hofbesitzerin Margret Dircks ihre Zimmer an Ökofans aus der Stadt als „schadstoffarme Ferienwohnung“. Früher. Denn nun hat sich bei ihr die Deutsche Bank einquartiert.

Ein silbrig glänzender BMW mit Frankfurter Kennzeichen und ein diskretes Schild mit der Aufschrift DB Investor neben dem bunten Fliegenvorhang künden davon, dass hier im Nordfriesischen neuerdings zwei Welten unvermutet aufeinander treffen.

Die Banker interessiert nicht so sehr die reine Luft von Norderfriedrichskoog. Allenfalls wollen sie hier Ferien vom deutschen Fiskus machen. Deshalb haben sie seit Anfang des Jahres ihre milliardenschweren Beteiligungen in dem 45-Seelen-Ort auf der Halbinsel Eiderstedt, zwischen Husum und St. Peter-Ording, geparkt.

Billig ist das Ganze nicht. „Der Mietpreis ist hier höher als in der Innenstadt von Frankfurt“, sagt Dircks mit verschmitztem Lächeln. Doch dafür bietet die Gemeinde mit den 13 Backsteinhöfen und zwei Einzelhäusern etwas, wovon offenbar viele Unternehmer in Deutschland bislang nur träumen: Ge-

werbe- und Grundsteuer liegen bei null Prozent.

Das war schon immer so. Die Bauern halfen 1907 beim Deichbau mit ihren Pferdefuhrwerken und erhielten von ihrer Gemeinde das neu gewonnene Land auf Kredit. Noch bis 2008 kassierte die Gemeinde allein dafür jedes Jahr 25 000 Euro. Das ist mehr als genug, um die zwei Gemeindestraßen zu unterhalten. Straßenlaternen gibt es hier nicht. „Wir sind ein sparsamer Koog“, sagt Dircks.

In den späten siebziger Jahren entdeckten die ersten kleinen Mittelständler und Immobilienmakler das Steuerparadies hinterm Deich. Doch erst als 1995 der Bundesrechnungshof die fiskalischen Zustände in Norderfriedrichskoog beklagte, wurden die erst richtig bekannt.

So ganz genau weiß selbst Bürgermeister Hinrich Thiesen nicht, wie viel hundert Firmen es mittlerweile in seinem Koog gibt. Er hat die gute Stube in seinem reetgedeckten Haus vermietet, die Scheune in ein kleines Bürohaus verwandelt und den Stall ausgebaut. „Ich bin voll bis unter die Decke“, sagt er.

Die Firmen, die hinter dem Deich ihre Deals abwickeln wollen, werden immer größer. Offenbar haben auch renommierte Unternehmen wie Unile-

ver, Eli Lilly, E.on oder die Deutsche Bank keine Hemmungen mehr, als Steuerflüchtlinge angesehen zu werden.

Der Fiskus erkennt die Neugründungen an, wenn die Firmen nachweisen können, dass sie tatsächlich vor Ort arbeiten. Frau Dircks hat sich auf die Bedürfnisse der Steuerflüchtlinge eingestellt und betreut mit ihrer Büroservice GbR mindestens zwei Dutzend Firmen. „Das geht nur mit rationellem Hausfrauendenken“, sagt sie firm.

Größere Kunden haben ein eigenes Telefon, das von ihr oder einer der beiden Teilzeitkräfte bedient wird. Ihr Untermieter Deutsche Bank allerdings arbeitet mit eigenem Personal.

Vier Geschäftsführer und einen Prokuristen hat der Branchenführer nach Schleswig-Holstein abkommandiert, um dem Fiskus zu beweisen, dass hier tatsächlich alles mit rechten Dingen zugeht. Einer der Banker zeigt sich sogar an einem Montag, wenn in den meisten anderen Steuersparbüros des Ortes noch gährende Leere herrscht. Steuern werden hier offenbar vor allem von Dienstag bis Donnerstag gesparrt.

Der Dirckssche Untermieter aus dem fernen Frankfurt verschwindet schnell und will in keinem Fall darüber reden, was er hier so treibt. Vielleicht ist ihm aber auch nur das rote T-Shirt peinlich, mit dem er unterm Dach dem friesischen Sommer trotzt.

In der Koogstraat 4 wird beispielsweise seit dem 26. Februar, so steht es im Handelsregister, das DaimlerChrysler-Aktienpaket im Wert von rund fünf Milliarden Euro verwaltet. Die Deutsche Bank hat an diesem Tag die Karu Beteiligungsverwaltungs GmbH & Co. KG, in der sie ihre 12,1 Prozent an dem Autokonzern hält,



Konzern-Dependancen in der Steueroase Norderfriedrichskoog: Milliardenschwere Beteiligungen geparkt



MICHAEL AUGUST

**Bürgermeister Thiesen:** „Voll bis unter die Decke“

von Eschborn nach Norderfriedrichskoog verlagert.

Auch über das Schicksal der Beteiligungen an der Allianz, Continental, Heidelberger Zement, Südzucker oder Linde im Wert von mehreren Milliarden Euro wird in der ehemaligen Ferienwohnung hinterm Deich entschieden. Als persönlich haftende Gesellschaft der vielen GmbH & Co. KGs mit Sitz in Norderfriedrichskoog tritt die dort ebenfalls ansässige DB Enterprise GmbH auf. Auch der Verkauf der Münchener-Rück-Beteiligung für 1,6 Milliarden Euro erfolgte schon aus dem idyllischen Steuerparadies an der Koogstraat.

Ende 1998 machte die Deutsche Bank Schlagzeilen, als sie ihre Beteiligungen von Frankfurt nach Eschborn auslagerte, wo der Hebesatz für die Gewerbesteuer deutlich niedriger lag. Nun muss sich der Eschborner Kämmerer wie vorher schon die Oberbürgermeisterin von Frankfurt auf dramatisch sinkende Gewerbesteuererinnahmen einstellen.

Insgesamt dürfte die Deutsche Bank allein bei ihrer DaimlerChrysler-Beteiligung einen zweistelligen Millionenbetrag sparen, weil die Dividenden aus Stuttgart gewerbesteuerfrei bleiben.

Vermieterin Dircks gewöhnt sich langsam an die neuen Dimensionen. „Millionen oder Milliarden – das macht doch letztlich keinen Unterschied“, sagt sie beherzt. Sie sei keine Neiderin und fände es absolut legitim, dass jemand Steuern sparen will.

Jetzt soll expandiert werden. Dircks geht davon aus, dass in Norderfriedrichskoog demnächst ein kleines Bankenviertel in den Bauernhäusern entsteht. Da trifft es sich gut, dass ihre Tochter demnächst auszieht. Die 29-Jährige wohnt noch unter dem Dach – direkt neben der Deutschen Bank.

Ihre besten Kunden dürfen bei Frau Dircks an den Küchentisch und werden mit Krabbenbrot und Bier bewirtet. Für diejenigen, die nach solchen anstrengenden Gesellschafterversammlungen den Weg nach Frankfurt oder München nicht mehr schaffen, steht immer ein Zimmerchen bereit.

CHRISTOPH PAULY

grüne Steuerreform („Wer soll das bezahlen?“, Metropolis-Verlag), beobachtet, „dass die Firmen derzeit ein gewaltiges Steuersparprogramm auflagen – und der Staat am Ende der Dumme ist“.

„Die Unternehmen versuchen zu retten, was noch zu retten ist“, bestätigt Alfons Kühn, Steuerabteilungsleiter des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Auch viele Mittelständler wollten von der Null-Steuer profitieren

und gründen derzeit eifrig eine GmbH nach der anderen, auf die sie ihre Beteiligungen übertragen. Die erscheinen dann plötzlich mit ihrem wahren Wert in der Bilanz.

Überall in der deutschen Wirtschaft wird fröhlich hin und her geschachert. So hat der Energiekonzern RWE im Juni seine 50-prozentige Beteiligung an der Heidelberger Druckmaschinen AG innerhalb des Konzerns verschoben. Neuer Besitzer der milliardenschweren Beteiligung am weltgrößten Druckmaschinenhersteller ist nun die RWE Gesellschaft für Finanzbeteiligungen mbH mit Sitz in Essen.

Der lange geplante Verkauf der Heidelberger Druck, die weit über eine Milliarde Euro in die Kassen spülen soll, wird erst im nächsten Jahr zu Stande kommen, also möglicherweise zu spät. Um die von Stoiber geplante Besteuerung zu vermeiden, bietet es sich an, die stillen Reserven schon vorher zu heben.

Auch für den Baukonzern Hochtief, einer weiteren RWE-Beteiligung, existieren solche Pläne. „Jede Steuerabteilung würde einen Fehler machen, wenn sie ihren Vorstand nicht auf solche Gestaltungsmöglichkeiten hinweisen würde“, sagt ein deutscher Anwalt der US-Anwaltskanzlei Shearman & Sterling. Da seien „Step-ups

im großen Stil“ in der Planung, weiß der Fachmann.

Andreas Dombret, Co-Chef der Investmentbank Rothschild in Frankfurt, beobachtet emsige Geschäftigkeit bei vielen Unternehmen. „Die Verlagerung von Konzernteilen nimmt vor dem steuerlichen Hintergrund stark zu“, sagt er.

Offiziell will bei RWE wie auch bei den anderen Konzernen niemand bestätigen, dass es vor allem steuerliche Gründe für die aktuellen Umorganisationen gibt. Die Unternehmen haben ziemlich großen Respekt vor Paragraph 42 der Abgabenordnung, der viele Konstruktionen unwirksam werden lässt, die ausschließlich aus fiskalischen Gründen erfolgt sind. Deshalb wird es wohl bald auch viele phantasievolle Erklärungen geben, weshalb die Umbuchung von Anteilen betriebsnotwendig war.

DIHK-Steuerexperte Kühn sieht das ganz entspannt. Angst vorm Betriebsprüfer müssten die Konzerne nicht haben. Eine „missbräuchliche Ausnutzung“ des Steuerrechts, mithin der Versuch, durch Tricks den Abgabensatz künstlich zu drücken, sei angesichts eines Tarifs von null nicht möglich: „Null ist null. Das ist alles rechtens“, glaubt der Fachmann.

Gewerkschafter wie DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer werfen den Unternehmen deswegen „asoziales Verhalten“ vor. „Die deutschen Finanzämter“, klagt auch Stoiber, „werden immer mehr zu Auszahlungsstellen für die Großkonzerne.“ Dies werde er als Bundeskanzler ändern.

Anfangs wurden derlei Parolen von den Konzernlenkern noch als Frontrhetorik in den Wahlkampf-Scharmützeln abgetan. Als Manöver des Unionskandidaten, um linke Wähler zu gewinnen. Prominente Siemens-Vertreter baten Stoiber per Brief, sich doch bitte schön ein wenig zu mäßigen. Doch inzwischen haben sich viele Vorstandsetagen auf die Drohung aus München eingestellt.

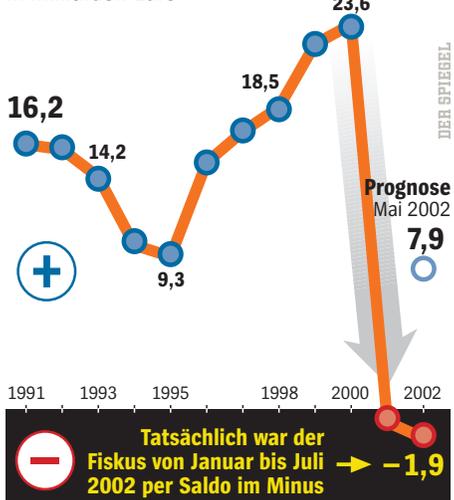
Allen voran Werner Schmidt, Chef der Bayerischen Landesbank. Kaum verhohlen kündigte der Stoiber-Kenner an, in den nächsten Monaten noch möglichst viele Beteiligungen der Staatsbank zu verkaufen (SPIEGEL 27/2002). Insgesamt standen im Sommer Werte in Höhe von 5,5 Milliarden Euro in Schmidts Büchern. Bereits losgeschlagen hat er den 25-Prozent-Anteil am Versorger Thüga. Der Deal brachte rund 1,3 Milliarden Euro. Allein dadurch gingen dem pleitebedrohten München und dem Land theoretische Steuereinnahmen von rund 250 Millionen Euro durch die Lappen.

Thüga-Käufer E.on wiederum gehört, ähnlich wie die Münchener Rück, zu jenen Konzernen, die das Steuergeschenk der Regierung für ein gewaltiges Firmenroulette nutzen. Stinnes, Klöckner, VAW Aluminium, Degussa – alles geht weg.

Und auch für interne Verkäufe gibt es bei E.on genug Bewegungsspielraum. Weit

## Totalausfall

Aufkommen aus der Körperschaftsteuer in Milliarden Euro



über 1000 Tochterfirmen und Beteiligungen hatte der Energieriese zu Jahresbeginn in den Büchern stehen, zum großen Teil Kapitalgesellschaften mit Sitz in Deutschland.

Ob das Milliardenroulette von Stoiber wirklich gebremst werden kann, ist unwahrscheinlich, zumal der Kanzlerkandidat ein gewaltiges Problem hat: Wenn Gewinne bei Firmenverkäufen wieder versteuert werden, dann könnten die Unternehmen – anders als derzeit – auch wieder ihre Verluste aus solchen Geschäften beim Fiskus absetzen.

Gerade angesichts der momentanen Börsenbaisse stehen viele Beteiligungen zurzeit mit zu hohen Werten in den Büchern: „Die Konzerne, die irgendwelche Beteiligungen früher teuer gekauft haben, werden dann richtig Spaß bekommen, ihre Aktien wieder zu verkaufen“, fürchtet Berlins Sparkommissar Hans Eichel und lehnt deshalb eine Rückkehr zur Besteuerung von Beteiligungsverkäufen ab.

„In der jetzigen Krise würde das massiv die Kasse des Bundesfinanzministers belasten“, urteilt Allianz-Vorstand Helmut Perlet nüchtern. „Die deutschen Unternehmen würden Abschreibungen in Milliardenhöhe vornehmen.“ Doch Ökonom Jarass hat eine vergleichsweise einfache Lösung parat. Die Verluste aus Beteiligungsverkäufen sollten nicht mit Gewinnen aus dem normalen Firmengeschäft verrechnet werden dürfen – sondern allein mit Gewinnen aus solchen Firmen-Deals. Steuerrechnungen zu Lasten des Fiskus würden dadurch massiv eingeschränkt.

In den Länderfinanzministerien wird derweil nachgedacht, das konzerninterne Beteiligungsgeschacher schon in diesem Jahr zu erschweren und nicht erst – wie bei externen Verkäufen von Stoiber geplant – im Jahr 2004. Entsprechende Entwürfe seien längst geschrieben, sowohl in Unions- als auch in SPD-geführten Ländern, heißt es. Spätestens in den Koalitionsverhandlungen im Herbst würden die Pläne hervorgeholt.

Doch Lothar Späth, den Stoiber als Wirtschaftsfachmann in sein Kompetenzteam geholt hat, warnt vor zu viel Eile. „Es ist mir schon klar, dass die Großkonzerne inzwischen auch Konstruktionen gefunden haben, um jetzt Gewinne steuerfrei zu realisieren und damit einer späteren Besteuerung entgegenzuwirken“, sagt der Praktiker, der als Vorstandsvorsitzender der Jenoptik weiß, wie seine Kollegen ticken. Dass die Firmenchefs ihre Vorteile sichern wollten, könne man denen ja nicht mal übel nehmen.

Späth will, falls er im Herbst Wirtschaftsminister werden sollte, erst mal in aller Ruhe die Besteuerung von Beteiligungserlösen im Ausland prüfen. „Schnellschüsse bringen gar nichts“, sagt er, „weil das Geld in den meisten Fällen vor der möglichen Steuer in Sicherheit gebracht worden ist.“

CHRISTOPH PAULY, ULRICH SCHÄFER

GELDWÄSCHE

## Die Hydra Hawala

Trotz verschärfter Kontrollen nach dem 11. September bleibt das Milliardengeschäft mit Geldüberweisungen undurchsichtig. Nicht nur Terroristen profitieren von der Ohnmacht der Behörden.

Zwei Muslime stehen diskutierend in der Schlange. Am Schalter verständigt sich ein Ehepaar in gebrochenem Deutsch. Und an den Stehpulten der Reisebank im Hamburger Hauptbahnhof kämpfen sich Kunden aller Hautfarben durch die Formulare für den Geldversand mit Western Union, Marktführer im weltweiten Transaktionsgeschäft.

Wenige Wochen vor dem Anschlag auf das World Trade Center (WTC) in New York kam hier auch Ramzi Binalshibh vorbei. Ausgerüstet mit einem 1998 in Spanien gestohlenen Pass auf den Namen Ahad Abdallah Sabet, benutzte der Komplize des Todespiloten Mohammed Atta die Reisebank-Filiale als Kanal für die finanzielle Vorbereitung der Terroranschläge vom 11. September.

Unter dem falschen Namen kassierte Binalshibh Ende Juli 2001 über 30 000 Mark an Überweisungen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Wenige Tage später speiste er einen Teil des Geldes in Hamburg erneut in die Western-Union-Kanäle ein. Empfänger Zacarias Moussaoui saß im Städtchen Norman im US-Bundesstaat Oklahoma und bekam beim lokalen Agenten des US-Finanzgiganten am 3. August rund 9500 Mark ausbezahlt. Heute sitzt Moussaoui im Gefängnis – angeklagt als mutmaßlicher 20. Attentäter der WTC-Katastrophe.

Dank grafologischer Gutachten und Fingerabdrücken auf den Überweisungsbelegen konnte Binalshibh schließlich als Drahtzieher der Finanzschiebereien überführt werden. Er wird derzeit per internationalem Haftbefehl gesucht. Doch die erfolgreiche Aufklärung solcher Blitztransfers ist längst nicht die Regel.

Auch ein Jahr nach den verheerenden Anschlägen stehen Geldwäsche-Experten und Aufsichtsbehörden dem boomenden Milliardengeschäft mit weltweiten Geldüberweisungen oft hilflos gegenüber. Zu

viele Lücken, Missbrauchsmöglichkeiten und illegale Transfernetzwerke machen nicht nur den Finanzkrieg gegen Osama Bin Laden und al-Qaida zu einem beinahe hoffnungslosen Unterfangen.

Das System des Transfersgeschäfts birgt „generell erhebliche Geldwäscherisiken“, sagt Frauke Menke, Leiterin des Referats Geldwäschebekämpfung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFin). Neben Terroristen würden auch Drogendealer und Schleuserbanden auf diesem Weg versuchen, kriminelle Gelder zu verschieben. „Das Dunkelfeld lässt sich kaum abschätzen“, beschreibt Menke die Ohnmacht der Behörden.



BRETT ELOFF

Transferbüro in Mogadishu: Schier aussichtsloser Kampf